

Präsidentiansprache DV GVL vom 07.11.07

von lic. iur. Gregor Biffiger, Grossrat, Präsident Gewerbeverband Limmattal, Berikon

Liebe Gäste

Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer

Die gewerkschaftlichen Biedermänner als Brandstifter

Lohnverhandlungen sind in den Herbstmonaten Tradition. Neu ist dieses Jahr aber, dass der Landesmantelvertrag (LMV) im Bauhauptgewerbe noch nicht erneuert wurde. Die Tatsache, dass wir uns in einem Wahljahr befinden, verleiht der ganzen Debatte zusätzliche Brisanz.

Das Verhalten der Gewerkschaft Unia, sofort 5 Mio. Franken für Streikaktionen bereitzustellen, zeigt die Überheblichkeit dieser selbsternannten Klassenkämpfer, die über nicht selbstverdientes Geld verfügen können. Ein Unternehmen braucht qualifizierte, gut ausgebildete Mitarbeiter, um am Markt gegen Billiganbieter bestehen zu können. Die Kunden sind durchaus bereit, für eine bessere Qualität einen entsprechenden Preis zu bezahlen. Diese Qualität muss allerdings spürbar sein und dafür muss etwas geleistet werden. Stellen Sie sich vor, was mit diesen 5 Mio. Franken in der Lehrlingsausbildung Positives bewirkt werden könnte.

An der "Grossdemonstration" vom 22. September 2007 in Zürich hätten grossmehrheitlich Betroffene, also Mitarbeiter des Bauhauptgewerbes, für einen neuen Landesmantelvertrag demonstriert, wurde seitens der Unia grossspurig verkündet. Wer Bilder der Demonstration gesehen und einen Blick in die Gewerkschaftszeitung "work" geworfen hat, dem wurde schlagartig bewusst, dass offensichtlich nur ein kleiner Teil der Demonstrierenden aus dem betroffenen Gewerbe selbst stammte. "Die Grossdemo begeisterte alle", schreibt "work". Da demonstrieren scheinbar von massivsten Verschlechterungen in ihrem Arbeitsumfeld bedrohte Menschen und sind "begeistert" von einer Demo? Die "Demo-Grüsse aus Zürich" - alle mit herzigen Föteli versehen - entlarven aber auch, woher die Teilnehmenden kamen: Die Pflegefachassistentin aus dem Tessin, die zwei Arbeitnehmenden aus der Maschinenindustrie, der pensionierte Schreiner aus Domodossola, der Maurer und Stahlbetonbauer aus Deutschland, die drei deutschen Kranführer, die zwei fünf- und sechsjährigen Buben, der Zimmermann, der Gärtnerlehrling, die "Pflegerin aus Bern", die Angestellte aus dem Lebensmittelbetrieb und der Fürsprecher. Sie alle wissen, wie skandalös sich die Bauunternehmer verhalten.

Im gleichen Stil ging es dann auf der Alpentransit-Baustelle in Sedrun weiter. Hier wurden die Bauarbeiter durch Gewerkschaftsfunktionäre re-

gelrecht am Arbeiten gehindert. Auch die jüngsten grossflächigen Streikaktionen im Grossraum Zürich wurden nach demselben Strickmuster durchgeführt. Die Bauarbeiter wurden von Gewerkschaftsfunktionären von ihren Baustellen ausgesperrt und teilweise fast genötigt, in die bereitgestellten Busse einzusteigen und an der Kundgebung in der Stadt Zürich teilzunehmen.

Worum geht es tatsächlich? Der Schweizerische Baumeisterverband hat den Landesmantelvertrag gekündigt, weil er eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und flexible Lohnanpassungen will. Diese Forderungen nach Flexibilisierung sind weder neu noch revolutionär, sondern im aktuellen und künftigen Wettbewerbsumfeld für die Baubranche schlicht überlebensnotwendig. Sie sollten einmal einen Blick in den gekündigten Landesmantelvertrag werfen. Sie würden Bauklötze staunen, was den Arbeitgebenden dort alles diktiert wurde. Aber der Baumeisterverband ist auch selber schuld. Man liess sich von den Gewerkschaften in den letzten 25 Jahren permanent auf der Nase herumtanzen. Der LMV-Vollzugsfonds, der massgeblich mit Arbeitgeberbeiträgen finanziert wurde, ermöglichte es den Gewerkschaften, ihre Kampfkassen bis zum Bersten zu füllen. Und dieses Geld wird nun in die Arbeitskämpfmassnahmen "investiert". Es ist halt schon so: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber! Deshalb ist es allerhöchste Zeit, dass die Baumeister diese verlogene "Sozialpartnerschaft" beerdigen und die Gewerkschaften endlich in die Pflicht nehmen.

Die Mitgliedfirmen des Baumeisterverbandes halten sich übrigens weiterhin an die Bedingungen des Landesmantelvertrages, auch wenn dieser nicht mehr in Kraft ist. Die Unternehmer nehmen den Mitarbeitenden nichts weg, sie betreiben keinen Sozialabbau, Dumping ist kein Thema, und die Unternehmer verlangen auch keine längere Arbeitszeit.

Ich führe seit einigen Jahren im Auftrag der Paritätischen Kommission für das Bauhauptgewerbe des Kantons Zürich LMV-Unterstellungskontrollen und Lohnbuchkontrollen durch. Meine Erfahrungen zeigen deutlich, dass die Probleme nicht bei den etablierten Schweizer Unternehmungen liegen. Die schwarzen Schafe sind vornehmlich ausländische Ich-AGs, welche die branchenüblichen Mindestlöhne unterlaufen und in den letzten Jahren zu Hauf von balkanstämmigen Immigranten gegründete Unternehmungen, welche ebenfalls die Mindestlöhne unterlaufen und ihren Mitarbeitern teilweise über Monate den Lohn vorenthalten. Sie unterschlagen Sozialversicherungsbeiträge und die Mehrwertsteuer, bezahlen Lieferantenrechnungen nicht und wenn es ihnen zu heiss wird, deponieren sie die Bilanz, gründen eine neue GmbH und das ganze Spiel geht wieder von vorne los.

Warum engagieren sich die Gewerkschaften hier nicht mit der gleichen Energie? Warum sorgen sie über ihre politischen Vertreter nicht dafür, dass unser weichspülerisches Schuldbetreibungs- und Konkursrecht

endlich den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen angepasst wird oder dass diese schwarzen Schafe strafrechtlich verfolgt werden? Aber diese Drecksarbeit überlassen die Gewerkschaften lieber den Bürgerlichen. Man könnte ja schliesslich damit die eigene Klientel brüskieren. Stattdessen legen sich die Gewerkschaften lieber mit den weissen oder schlechtestenfalls hellgrauen Schafen an, weil diese viel verletzlicher sind und damit in der Öffentlichkeit viel mehr Rambazamba gemacht werden kann. Dass Streiks keinen Sinn machen, volkswirtschaftlich total schädlich sind und ernsthaft Arbeitsplätze gefährden, ist den Gewerkschaften scheissegal.

Wer so bedenkenlos Mitglieder mit reisserischen Schlagworten und Unwahrheiten zu unüberlegtem und geldvernichtendem Tun animiert, hat noch nie Verantwortung für Arbeitsplätze getragen und ignoriert völlig, dass für die Sicherung dieser Arbeitsplätze immer mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Wie leicht ist es doch, vom Bürostuhl aus unrealistische Forderungen zu stellen, ohne je für die Folgen geradestehen zu müssen.

Verantwortungsvolle Mitarbeiter lassen sich nicht zu unnötigen und sinnlosen Streikaktionen hinreissen. Ein verantwortungsbewusster Arbeitgeber - und das sind mit Bestimmtheit die meisten Unternehmer - weiss um den Stellenwert seiner Mitarbeiter und leistet demnach jeden machbaren Beitrag zum sozialen Frieden.

Auch die Gewerkschaften waren seinerzeit für die Personenfreizügigkeit und deren Erweiterung. Eine lückenlose Durchsetzung der flankierenden Massnahmen ist unmöglich. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist unter diesem Aspekt unabwendbar. Das hätte sämtlichen Akteuren von Anfang an klar sein müssen. Die Personenfreizügigkeit ist eben Fluch und Segen zugleich. Sie versorgt den Schweizer Arbeitsmarkt mit qualifizierten ausländischen Arbeitskräften, setzt aber gleichzeitig die einheimischen Arbeitskräfte unter Druck. Dieser Entwicklung kann sich niemand entziehen. Wer zu spät auf diese Veränderungen reagiert, geht unter.

Die Gewerkschaften täten gut daran endlich einzusehen, dass die Zeit der Weberaufstände definitiv vorbei ist. Statt Klassenkämpfer-Parolen sind pragmatische, zukunftsgerichtete Lösungen gefragt. Sozialpartnerschaft setzt Einfühlungsvermögen in die Lage des Gegenübers und gegenseitiges Vertrauen voraus. Wer wie ein Elefant im Porzellanladen wütet, verspielt dieses Vertrauen und ist nicht würdig, Abertausende von Arbeitnehmenden zu vertreten. Die Gewerkschaftsbosse täten gut daran, sich wieder einmal daran zu erinnern, dass der Arbeitsfriede massgeblich dazu beigetragen hat, unser Land stark zu machen.